

## **Sonderbericht Februar 2003**

### **Kosovo, die Nachkriegsentwicklung bis heute**

#### **Einleitung**

Dieser Bericht, leider der zweitletzte bevor die Infostelle Pristina endgültig schließen wird, soll als eine Bilanz der Ereignisse von 1999 bis 2003 verstanden werden.

Im Zuge der Irak-Krise hat das Interesse am Kosovo deutlich nachgelassen. Das ist bedenklich, denn Stabilität auf dem Balkan ist weiterhin für Westeuropa von großer Bedeutung – und gerade die letzten Entwicklungen in der Region deuten stark auf eine erneute Destabilisierung hin.

Das Jahr 2003, wie schon 2002, steht im Zeichen der Minderheitenrückkehr. Im Laufe dieses Berichtes aber wird deutlich werden, dass von einer multiethnischen Gesellschaft im Kosovo keine Rede sein kann und eine Rückführung vor allem von Serben und Roma in den Kosovo abgesehen werden sollte. Dies bestätigen auch die OSZE und der UNHCR in ihrem neuesten gemeinsamen Bericht über die Situation der Minderheiten.

Es ist nicht leicht, diese dreieinhalb Jahre in einem kurzen Bericht zusammenzufassen, besonders auch deshalb, weil die Situation sich weiterhin ständig verändert: So haben Sie alle in der letzten Woche von der Ermordung des serbischen Premiers Zoran Djindjic erfahren. Es ist noch nicht abzusehen, welche Folgen dieser Vorfall nicht nur für Serbien, sondern auch für die gesamte Region haben wird. Einschließlich des Kosovo.

Der Kosovo war bis zum Einmarsch der NATO-geführten internationalen Truppen - genannt KFOR- im Juni 1999 eine autonome Provinz Serbiens. Doch diese Autonomie war schon lange nur noch eine Fiktion, die Unterdrückung der albanischen Mehrheit tägliche Wirklichkeit. Eine Wirklichkeit, die am Ende zum Guerrillakrieg der Kosovo-Befreiungsarmee UCK führte. Dieser wiederum mündete in ein militärisches Eingreifen der Nato.

Wir alle erinnern uns noch an diese Zeit. Wir alle haben die Bilder noch vor unseren Augen. Krieg, Vertreibung, Elend.

Das alles sollte unter der UN-Verwaltung, die im Sommer 99 von den KFOR Truppen abgesichert in den Kosovo kam, ein Ende finden. Und dieses Ende sollte der Anfang sein - für einen Wiederaufbau in Demokratie und Freiheit. Für eine wirkliche Autono

mie, allerdings nicht mehr als Teil Serbiens, sondern als Teil Jugoslawiens, oder, wie es heute heißt, der Union aus Serbien und Montenegro.

Die Albaner allerdings lehnen diese Autonomie ab. Sie hatten sich schon 1991 für die Unabhängigkeit ausgesprochen. Und hiermit sind wir schon mittendrin im Spannungsfeld, das die heutige Wirklichkeit des Kosovo bestimmt.

## **Die Nachkriegsentwicklung im Kosovo**

Die Stromversorgung funktioniert nur unregelmäßig, die Infrastruktur hat sich zwar erheblich verbessert, doch ist sie noch weit vom westlichen Standard entfernt.. Wirtschaftlich gesehen sind vor allem Fremdinvestitionen nötig. Doch ein immer noch schwaches Rechtssystem, ein zu kleiner Markt, die immer noch fehlende Sicherheit... all dies verhindert Fremdinvestitionen. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse und völlig veraltete unrentable Unternehmen halten Tausende arbeitslos. Die Privatisierungsmaßnahmen durch die EU gehen nur sehr schwerfällig voran. Kriminelle Elemente übernehmen langsam aber sicher die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit beträgt offiziell 49%. Die sogenannte „graue Wirtschaft“ blüht, kleine Jungen und Mädchen verkaufen bis spät in die Nacht Zigaretten, Telefonkarten und Kaugummi.

Laut Weltbankuntersuchungen ist die Wahrscheinlichkeit der extremen Armut unter Rückkehrern zweimal so hoch wie bei dem Rest der Bevölkerung. Die Ursachen dafür sind erschwerter Zugang zu Landbesitz, der Mangel an nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, abgebrochene Beziehungen (viele der Rückkehrer lebten bis zu 15 Jahren im Ausland)... Beziehungen also, die in einer reinen „Beziehungsgesellschaft“ unvermeidbar sind, um einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Am 16. Februar 2001 wurde die Welt wieder schmerzlich daran erinnert, dass von einer multiethnischen Gesellschaft im Kosovo noch keine Rede sein konnte. Ein von KFOR begleiteter Bus mit Serben wurde in die Luft gesprengt. Zehn Menschen starben.

Die serbische Bevölkerung gab die Schuld nicht nur den Albanern, sondern auch der internationalen Gemeinschaft. In Mitrovica, der serbisch dominierten Stadt im Norden des Kosovo, wurde und wird häufiger sogar die internationale Polizei angegriffen.

Anfang 2001 wurde auch der von der UN verwaltete Kosovo als Aufmarschgebiet in einem Krieg gegen das UN-Mitglied Mazedonien benutzt, ein unerhörter Präzedenzfall. Auch wenn dieser Konflikt mittlerweile als beigelegt gilt, organisieren sich im und um den Kosovo weiterhin bewaffnete Gruppen, die die Region nicht zur Ruhe kommen lassen. Doch hierzu später mehr.

Was also ist geschehen? Wir haben doch Tausende Soldaten, Polizisten und Zivilkräften vor Ort. Wir haben Milliarden investiert... Wo ist der Erfolg?

Um diese Fänge zu beantworten wird von den Vertretern der Internationalen Gemeinschaft gerne daran erinnert, wie der Kosovo gleich nach dem Krieg aussah. „Als wir ankamen, gab es rein gar nichts,“ ist der geflügelte Satz, den die UN-Verwalter

von Kouchner bis Steiner immer wieder benutzen. Es stimmt: 850.000 Flüchtlinge mussten wieder nach Hause, in zerstörte Dörfer und auf abgebrannte Höfe. Die Landwirtschaft lag völlig brach, das Vieh war tot. Viele siedelten sich deswegen in den Städten an, was dort zu teilweise chaotischen Verhältnissen führte. Die Einwohnerzahl Pristinas verdoppelte sich innerhalb weniger Wochen. Man musste die Müllabfuhr, die Feuerwehr, die Energieversorgung wieder aufbauen... in den ersten Monaten übernahm KFOR einen Grossteil dieser zivilen Aufgaben, weil es lange dauerte, bis die UNMIK –also die UN-Mission im Kosovo - in voller Stärke vor Ort war. Und als sie kam, fand sie, dass die aus der UCK hervorgegangenen Parteien die Regierungsgeschäfte schon übernommen hatten, organisiert bis hin zur kommunalen Ebene. Die vom UCK Kommandanten HashimThaqi geführte Provisorische Regierung konkurrierte offen mit der UN-Verwaltung, ging jedoch schließlich, zusammen mit anderen Gruppen, in einer gemeinsamen Übergangsverwaltung mit der UN auf.

„Was ist der Unterschied zwischen der Mafia und UNMIK? Die Mafia ist organisiert.“ Mit diesem Witz reagierte des Volkes Stimme auf das Durcheinander der ersten Monate. Sie reagierte auch auf das, was viele als erneute Besetzung ihres Landes, nun durch die UN, empfanden: schnell wurde bemerkt, dass UNMIK, also englisch „ANMIK“ ausgesprochen, albanischer Slang ist für *anmik*, was „Feind“ bedeutet.

Die gemischt kosovarisch-internationale Übergangsverwaltung wurde durch Wahlen langsam abgebaut und in eine lokale Selbstverwaltung überführt, wie es das Mandat der UN im Beschluss des UN-Sicherheitsrates Nr. 1244 vom 10 Juni 1999 vorsah. Die ersten Kommunalwahlen fanden im Oktober 2000 statt. Die meisten selbsternannten Bürgermeister räumten friedlich das Feld. Da die kosovarischen Serben die Wahlen boykottiert hatten, mussten ihre Vertreter ernannt werden.

Im November 2001 erfolgten die ersten Wahlen für das Regionalparlament und den Präsidenten Kosovos. Ibrahim Rugova, der lange Jahre den friedlichen Widerstand gegen Belgrad angeführt hatte, wurde Präsident. Das Parlament bietet ein etwas gemischteres Bild, dort sind die beiden aus der UCK hervorgegangenen Parteien, die PDK von Thaqi und die AAK von Ramush Haradinaj, stark vertreten. Alle drei Parteien haben ein gemeinsames Ziel: die Unabhängigkeit des Kosovo. Ansonsten unterscheiden sie sich nur dadurch, dass die PDK mittlerweile die sicher moderatere Partei ist und relativ eng mit der UNMIK zusammenarbeitet, während Ramush Haradinaj von der AAK immer vehementer auf mehr Kompetenzen für die kosovarische Regierung besteht.

Die serbische Liste „Povratak“ ist drittstärkste Kraft, nach Rugovas LDK und Thaqis PDK. Name ist hier Programm: „Povratak“ heisst „Rückkehr“. Mehr als 100.000 Serben, aber auch viele Mitglieder anderer Minderheiten, hatten wegen der Übergriffe gegen sie ihre Heimat verlassen müssen.

Im Kosovoparlament gibt es keine klare Regierungsmehrheit, erst nach langen Monaten und unter internationalem Druck raffte man sich zu einer Koalitionsregierung unter Bajram Rexhepi von der PDK zusammen.

Die zweiten Kommunalwahlen im Oktober 2002 sahen eine Wahlbeteiligung von wenig mehr als 50%. Das war nicht nur im Kosovo so, sondern symptomatisch für einen Großteil der Region: im nun demokratischen Serbien und in Montenegro mußten Wahlen sogar wiederholt werden, weil die Beteiligung unter den für die Wahlaner

kennung obligatorischen 50% lag. Der kosovarische Herausgeber und Politiker Veton Surroi kommentierte: „Der Kosovo ist keine etablierte Demokratie, in der Wahlen ein ganz gewöhnliches Ereignis für die Menschen sind. Ein solch hoher Boykott nach nur zwei freien und demokratischen Wahlen zeigt, daß das kosovarische politische Establishment etwas geworden ist, was die Wähler ablehnen. [...] Pristina, die größte Gemeinde in dem Protektorat, ist ein Beispiel an Korruption und Ineffizienz der lokalen Regierung.“

Dennoch mußte der „Handover“, die Übergabe von Macht und Verantwortung von UNMIK an die lokale Selbstverwaltung weitergehen. Der Anfang 2002 in das Amt des UNMIK-Chefs gerufene Deutsche Michael Steiner erreichte Anfangs einiges: Er „boxte“ die Schaffung der Regierung unter Rexhepi durch, machte Belgrad deutlich dass es sich nicht in die Innenpolitik des Kosovo einzumischen hat, mit den Worten: „Kooperation ja – Einmischung nein“. Steiner schaltete die sogenannten Brückenschwärmer in Nordmitrovica, die lange von Belgrad finanzierten und kontrollierten Gangs, die die Brücke zwischen dem serbisch dominierten Norden und dem albanischen Süden illegal bewachten, aus und legte die dortige serbische Parallelverwaltung lahm. Ein erster Schritt, um die Teilung des Kosovos zu überwinden. Seit Dezember 2002 gibt es im Nordteil ein UNMIK-Büro, die kosovarische Polizei, die über die Jahre ausgebildet wurde, kann endlich im Norden ihren Dienst versehen.

Wirtschaftlich gesehen hat sich über die letzten drei Jahre sicherlich sehr viel verbessert. Tausende zumeist kleiner Betriebe sind eröffnet worden, fast alle Häuser wieder aufgebaut. Hunderte von Nichtregierungsorganisationen (NROs) zusammen mit der EU haben diese Arbeit geleistet.

Diesen Aufschwung aber hat der Kosovo vor allem den Milliarden von Spendengeldern und den täglichen Ausgaben der internationalen Gemeinschaft zu verdanken. In dem Maße aber, wie diese Gelder versiegen, verschlechtert sich auch die Wirtschaft. Es gibt seit Juni 2002 keinerlei Nahrungsmittelhilfen mehr, und zum ersten Mal seit Jahren ist in diesem Winter an kleines Kind an Kälte und Hunger gestorben. Die meisten Roma leben völlig marginalisiert und in bitterer Armut.

Die Sozialhilfe beträgt höchstens 65 € monatlich für eine fünfköpfige Familie. Eine der Bedingungen ist, mindestens ein Kind unter 5 Jahren zu haben. Viele mir bekannte Familien erfüllen diese Bedingung nicht mehr, bekommen also keinerlei Unterstützung mehr.

Die Arbeitslosigkeit beträgt, wie schon erwähnt, offiziell 49%, wobei aber jeder, der irgendetwas verdient, als Arbeitender zählt, auch Menschen, die im informellen Sektor („graue Wirtschaft“) beschäftigt sind. Dieser Sektor umfaßt ca. 20% der Bevölkerung.

Fest steht, daß der kosovarische Arbeitsmarkt den um 21. bis 25.000 Personen jährlich anwachsenden Zustrom von arbeitsfähigen Menschen nicht aufnehmen kann. Die hohe Geburtenrate führt zu einem überbevölkerten Land, weiterhin sind viele junge Männer gezwungen auszuwandern. Da aber die westliche Länder kaum noch bereit sind, Albaner aufzunehmen, reisen viele illegal aus.

Besonders betroffen sind Minderheiten und Rückkehrer. Bis Anfang 2001 kehrten die meisten Albaner freiwillig und voll freudiger Erwartung in ihre Heimat zurück. In unser Büro kamen zu dieser Zeit die meisten mit der Bitte um Hilfsgüter. Dies änderte sich

im Laufe des Jahres. Als langsam aber sicher klar wurde, daß man Freiheit nicht essen kann, wurde unser Büro überflutet von Menschen, die ein Visum zurück in den Westen wollten. Eine verzweifelte Perspektivlosigkeit machte sich breit.

Für die Minderheiten sieht die Lage noch schlimmer aus. Minderheiten, die albanisch sprechen, wie die Gruppen der Ashkali, Ägypter oder Türken, können sich zumindest einigermaßen frei bewegen. Dies aber gilt nicht für Serben, Roma, oder auch Bosniaken. Auch wenn tödliche Angriffe seltener geworden sind, so leben vor allem Serben doch noch immer – berechtigt - in Angst und Schrecken.

Vor nur 5 Monaten wurde eine Gruppe von 50 älteren Serben aus der Enklave Osojane, die in Peja ihre Rentengelder abholen wollten, von 600 Albanern angegriffen – trotz KFOR Begleitung.

Erschreckend ist, dass in den letzten 30 Tagen fanden 6 Angriffe, meist mit Granaten oder Bomben, auf Serben statt.

Die Romabevölkerung lebt in unvorstellbaren Bedingungen, meist ohne fließendes Wasser, Schulen, Krankenhäuser. Seit im Juni 2002 die Nahrungshilfeversorgung eingestellt wurde, ernähren sich viele nur noch von Abfällen.

Michael Steiner hat mit vielen Problemen zu kämpfen. Anfang 2002 wurden die ersten albanischen Kriegsverbrecher festgenommen. Es erfolgte ein Aufschrei der Bevölkerung, für die die ehemaligen UCK-Kämpfer unbefleckte Helden sind. Seitdem wurden mehr und mehr dieser „Freiheitskämpfer“ verhaftet, der letzte ein enger Mitarbeiter des PDK-Vorsitzenden Hashim Thaci. Die Demonstrationen werden immer lauter, von ausnahmslos allen Politikern unterstützt.

Steiners Ziel ist die Übergabe der Verwaltung, wobei er seine alleinige Autorität in drei Schlüsselbereichen jedoch beibehalten will: im wirtschaftlichen Aufbau, in der Bekämpfung der Kriminalität und in der Schaffung einer multiethnischen Gesellschaft. (Und selbstverständlich vertritt die UN den Kosovo nach aussen.)

Ein Element verbindet all diese Dinge: die Sicherheit. Ohne Sicherheit kann es keine Investitionen, kein normales Zivilleben und keine Rückkehr der Flüchtlinge geben. Demokratisierung und wirtschaftlicher Aufbau hängen in erster Linie von persönlicher, sozialer, ökonomischer Sicherheit und der Einhaltung von Menschenrechten ab. Leider ist diese Sicherheit im Kosovo bis heute nicht wirklich gegeben. Politisch zum Beispiel: Minderheiten (auch albanische in serbischen Mehrheitsgebieten) können sich noch immer nicht frei bewegen. Wirtschaftlich: wenn auch die Infrastruktur langsam verbessert wird, so fehlt es noch immer an Investitionssicherheit. Sozial: es gibt keine Kranken- oder Arbeitslosenversicherungen, ärztliche Hilfe muß oft teuer erkaufte werden, die Qualität ist inadäquat.

Solange die Verquickung von organisierter Kriminalität und politischen Amtsträgern nicht aufgebrochen wird, solange Investoren sich nicht sicher sind, dass ihr Geld nicht verloren geht, solange gibt es nicht genug Arbeit und kein wirkliches Sozialprogramm gibt, solange werden radikale und kriminelle Banden einen Nährboden finden.

Das Fehlen von Sicherheit kann zum totalen Versagen der Gesellschaft insgesamt führen.

.....Insbesondere, wenn die auswärtigen Beziehungen ungeklärt sind.

Wobei wir bei einem weiteren Schlüsselwort angelangt sind, einem für den Kosovo sehr spezifischen: der Status. In der Tat **das** Schlüsselwort.

Die Sicherheitsratsresolution 1244 verschiebt diese Frage, die Entscheidung über eine mögliche Unabhängigkeit Kosovos, in die Zukunft. Und zwar ohne für diese Entscheidung einen Mechanismus vorzuschreiben. Bis dahin gilt, und ich zitiere aus 1244, „das Prinzip der Souveränität und territorialen Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien“. Beziehungsweise ihres Rechtsnachfolgers, der Union von Serbien und Montenegro.

Die veränderte Verfassung dieses neu benannten und reorganisierten Bundes verankert den Kosovo als Teil der Republik Serbien. Dies kommt in den Augen der Albaner einer Kriegserklärung gleich. Die Reaktion ließ nicht auf sich warten. „Sollte diese Präambel nicht gelöscht werden, werden wir unsere Politik ändern und die Unabhängigkeit des Kosovo ausrufen“, erklärte Premierminister Rexhepi.

Doch das Problem war schon früher präsent: der Argumentation vieler kosovoalbanischer Politiker nach würde die Unabhängigkeit eine Rechtssicherheit geben, der auch die wirtschaftliche und soziale Sicherheit folgen würden. Diese Argumentation hat unter den Serben ihre schärfsten Gegner, verständlicherweise. Aber auch die internationale Gemeinschaft scheint nicht bereit, dieses „heiße Eisen“ jetzt anzufassen. Jedenfalls nicht, solange nicht die Grundlagen dafür gelegt worden sind.

Status vor Sicherheit oder Sicherheit vor Status, darum geht die Diskussion, in der Europa und Amerika sich darin unterscheiden, daß die Europäer das Wort Sicherheit betonen, die Amerikaner, denen die Kosovoalbaner seit dem Eingreifen der Nato treu ergeben sind, den Akzent auf Status legen, auf den man gezielt hinarbeiten sollte.

Die beiden grossen Gruppen vor Ort, die Albaner und die Serben, leben derweil weiterhin in zwei verschiedenen, einander ausschließenden Kosovos. Für die einen ist die Unabhängigkeit selbstverständlich, die anderen sehen sich noch immer als Teil Serbiens. Ein Kompromiss, ein Mittelweg ist nicht in Sicht.

Und zwischen den Feuern steht die UN-Mission.

Die Unzufriedenheit der albanischen Politiker mit Michael Steiners Politik berührt dabei auch einzelne Teilbereiche: das Veto Steiners gegen einige vom Parlament beschlossene Gesetze, der Transfer von mehr politischer Macht in kosovarische Hände, das Jahresbudget und die Einkommenssteuer. Zudem werden die Reaktionen auf die Festnahme ehemaliger UCK-Kämpfer immer heftiger.

Die letztlich vom Parlament diskutierte, aber dann nicht verabschiedete Unabhängigkeitserklärung wiederum veranlaßte die Serben dazu, eine „Union der serbischen Kommunen“ zu gründen, die zwar laut UNMIK keinen politischen Stellenwert hat, aber dennoch den Konflikt zwischen Albanern und Serben schürt.

Der mittlerweile ermordete serbische Premier Zoran Djindjic wollte das Problem Kosovo so schnell wie möglich lösen. Sollte die internationale Gemeinschaft nicht bald

bessere Bedingungen für die Rückkehr von Serben schaffen, drohte er mit der Abspaltung der nördlichen Region. Zudem wird die Rückkehr von serbischen Sicherheitskräften in den Kosovo verlangt.

Alle diese Maßnahmen sind für UNMIK inakzeptabel. Sie zeigen jedoch deutlich die Zuspitzung der Lage.

„Standards vor Status“, das Motto Michael Steiners für den Kosovo, scheint mehr und mehr an Bedeutung zu verlieren. In seiner Rede an die *London School of Economics* erklärte er, dass bevor nicht die wirtschaftliche Situation und die Lage der Minderheiten verbessert und die Kriminalität bekämpft sind, eine Unabhängigkeit des Kosovo nicht in Frage komme.

Mittlerweile jedoch beschuldigen ihn beide Seiten, daß er seine Versprechen nicht eingehalten habe.

Gilt nun die UN-Verwaltung als Besatzer? Als Feind gar? Ist das nicht doch übertrieben?

Um das zu beantworten wollen wir einen Schritt zurück gehen, zur von der Internationalen Gemeinschaft geforderten und später auch bestätigten Auflösung der UCK. Immer deutlicher tritt in den letzten Monaten jedoch eine sehr gut bewaffnete und entschlossene Gruppe auf die Szene, die an die Anfänge der UCK 1996/97 erinnert. Sie nennt sich selbst Albanische Volksarmee, in ihrer albanischen Abkürzung AKSH. Man liest hier in der Zeitung auch öfters die englischen Initialen ANA.

Ihre Aktivitäten macht eines deutlich: es geht nicht mehr nur um den Kosovo, sondern auch um die von albanischen Minderheiten bewohnten Gebiete über dessen Grenzen hinaus, in Serbien, Montenegro und Mazedonien; ja sogar auf einen Teil Nordgriechenlands wird Anspruch erhoben. Damit kommt die gesamtalbanische Frage auf den Tisch, Pandoras Büchse ist schon einen Spalt weit offen.

Wieder einmal spielt die Presse eine wichtige Rolle für die Wahrnehmung der Ereignisse. So verbreitet sie momentan – trotz Einspruchs von Seiten der KFOR – dass die serbische Gendarmerie im Norden Mitrovicas patrouilliert, mit dem Ziel, alle noch verbliebenen Albaner von dort zu vertreiben.

Auch die Konflikte zwischen den einzelnen Parteien führen zu einem weiteren Vertrauensverlust der Bürger.

In Südserbien reagieren die serbischen Sicherheitskräfte mit verstärkter Präsenz auf die Gewaltakte der letzten Wochen.

In dem Maße, in dem die Unsicherheit der Bevölkerung wächst, mag auch ihre Unterstützung der Kräfte wachsen, denen angeblich die Sicherheit des albanischen Volkes am Herzen liegt – den Rebellentruppen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach der Sicherheit eine neue Dimension. Vielleicht, so beginnt man zu denken, wird es in diesem Jahr auch darum gehen, zu vermeiden, daß der Kosovo erneut, wie schon 2001, als Aufmarschgebiet für einen militärischen Konflikt genutzt wird. Der Kosovo, der von der UN verwaltet, von KFOR stabilisiert und von der OSZE demokratisiert werden soll.

## Ein Volk im Aufbruch

Der letzte Satz darf nicht als destruktive Kritik an der internationalen Gemeinschaft verstanden werden. In einer solch – geschichtlich bedingt - hermetisch verschlossenen Gesellschaft wie der albanischen (dies wird schon durch die hohen Mauern um die Häuser ersichtlich), ist es sehr schwierig als Außenstehender das Vertrauen zu gewinnen und wirklich etwas verändern zu können.

Dennoch kann man der internationalen Gemeinschaft vorwerfen, es auch nicht wirklich versucht zu haben. Genau wie in Somalia, Bosnien und anderen Regionen, in denen die UN tätig ist oder war, ist auch im Kosovo der Fehler begangen worden, die Geschichte dieses Volkes außer Acht zu lassen. Es scheint einfach nicht verstanden zu werden, dass eine Gesellschaft, die nicht den langen Prozess der Aufklärung durchlaufen hat, einfach nicht die Denkweise der westlichen Gesellschaften besitzen kann. Wie so oft werden westliche Werte und Denkmuster aufgedrückt, die in diesem gesellschaftlichen Kontext kaum Bedeutung haben, wie z.B. die Begriffe Demokratisierung und Zivilgesellschaft.

So wurde auch das oftmals inkonsequente Handeln der UN-Verwaltung, die „demokratisch regieren“ wollte, von den Kosovaren meist als Schwäche angesehen. Vielleicht hätte die Einführung des Militärrechts gleich nach dem Krieg (wie es die Amerikaner jetzt im Irak vorhaben) mehr Erfolg gehabt oder die schnellere Übergabe politischer Kompetenzen an die Einheimischen.

Fest steht, dass eine multiethnische Gesellschaft nicht erreicht worden ist, wahrscheinlich einfach deshalb, weil es nie eine gegeben hat. Auch vor dem Krieg lebten Albaner und Serben nicht wirklich mit - sondern vielmehr nebeneinander.

Die Angriffe auf Serben sind nur aus einem Grund relativ selten: weil es keine Berührungspunkte gibt. Eine Rückkehr von Serben in Enklaven wird immer möglich sein. Sobald die serbische Bevölkerung allerdings von humanitärer Hilfe auf Arbeitssuche übergehen wird, wird es aus sein mit dem oberflächlichen Frieden. Dies gilt auch für andere Minderheiten. Die wenigen Arbeitsplätze, die es gibt, werden Albaner nicht teilen wollen.

Michael Steiners erklärtes Ziel eines multiethnischen Kosovo betrachte ich als eine Utopie. Selbst in Bosnien, wo zwar Krieg war, aber niemals eine solch gnadenlose Unterdrückung herrschte, ist die Rückkehr kaum ein Erfolg zu nennen. Gerade diese Woche sind dort acht Opfer unter Minderheitenrückkehrern zu beklagen.

KFOR sollte die Bedrohung durch die Rebellentruppe AKSH ernster nehmen. Da die Albaner sich von allen betrogen fühlen – weder ist die Unabhängigkeit des Kosovo in greifbarer Nähe noch fühlen Albaner in Südserbien und Mazedonien sich gleichberechtigt - kann die Bereitschaft für einen erneuten bewaffneten Aufstand leicht zunehmen.

Eine Tatsache ist, dass alle Albaner ein Ziel haben: Ein vereintes, unabhängiges Volk zu werden. Jahrzehntlang haben sie daran gearbeitet, keine Minderheit mehr zu sein. Die hohe Geburtenrate diene weniger religiösen als strategischen Zielen.

Steiners Alptraum – die Abspaltung des serbisch dominierten Nordens des Kosovo oder dessen Kantonisierung – schien unter Serbiens Premier Djindjic immer realistischer zu werden.

Bleibt zu hoffen, dass sein Nachfolger eine bessere Lösung zu bieten hat. Denn eine Teilung des Kosovo würde weitere destabilisierende Folgen für die Region haben.

Freiburg, den 19. März 2003  
Christina Kaiser

### **Relevante Literatur und Websites:**

Caritas Infozentrum Kosovo, [www.cvizk.de](http://www.cvizk.de), monatliche Berichte von Christina Kaiser seit Oktober 1999

International Crisis Group (ICG), Waiting for UNMIK, Local Administration in Kosovo, Pristina, Oktober 1999, [www.crisisweb.org](http://www.crisisweb.org)

ICG, What happened to the KLA?, März 2000

OSCE, UNHCR, Tenth Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, Period covering May 2002 to December 2002, March 2003

RIINVEST, Institute for Development Research, Labour Market and Unemployment in Kosova, Januar 2003

Schmid, Thomas (HG.), Krieg im Kosovo, rororo, Reinbeck bei Hamburg, 1999

UNMIK Chronology, [www.unmikonline.org](http://www.unmikonline.org)

World Bank, Kosovo, Federal Republic of Yugoslavia, Economic and Social reforms for Peace and Reconciliation, February 2001

[www.kosova-info-line.de](http://www.kosova-info-line.de)